

Zeitschrift: Allgemeine schweizerische Militärzeitung = Journal militaire suisse =
Gazetta militare svizzera

Band: 80=100 (1934)

Heft: 5

Rubrik: Auslandschronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 01.05.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkrieges. Von Hermann Oncken, ord. Professor a. d. Universität Berlin. (Der grosse Krieg 1914 bis 1918, in zehn Bänden, herausgegeben von M. Schwarte. Band 6 und 7.) Verlag Johann Ambrosius Barth, Leipzig.

Wenn auch diese beiden Bände nicht von besonderem kriegswissenschaftlichem Interesse für den militärischen Führer sind, so wollen wir doch nicht unterlassen, auf dieses umfassende Werk hinzuweisen. Erstens bürgt schon der Name des Verfassers, Hermann Oncken, der auch eine Zeitlang in Bern Geschichte dozierte und jetzt in Berlin Geschichtsprofessor ist, dafür, dass der Inhalt wie auch die Darstellung jeder geschichtlichen objektiven Kritik standhalten können und dem Geschichtsforscher, aber auch dem Staatsmann und dem Militär, der sich als Staatsmann gebärden will, einen klaren Einblick in das Vorkriegs-Deutschland unter Bismarck bis 1914 darbieten. Im weitern aber ergänzen die beiden Bände das von Schwarte ins Leben gerufene Werk zu einem vollkommenen Bild des grossen Krieges, wie es in seiner knappen Handlichkeit kaum in ähnlicher Weise gefunden wird. Es werden daher diese beiden Bände demjenigen, der das übrige Werk schon besitzt, eine hochwillkommene Ergänzung sein. Aus diesem Grunde möchten wir das Werk auch den Lesern unserer Zeitschrift warm empfehlen.

Bircher.

AUSLANDSCHRONIK

(In der „Auslandschronik“ werden Meldungen über ausländische Wehrfragen und Armeen aus Fach- und Tagespresse monatlich zusammengestellt. Die Zusammenstellung kann aus technischen Gründen keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder zeitliche Unmittelbarkeit erheben.)

Redaktion: Major Karl Brunner, Zürich

Deutsches Reich.

Neue Ausgabezahlen für die Wehrmacht. Unter den Zahlen des neuen Reichsbudgets, die für die internationale Abrüstungsdiskussion von Interesse sind, findet man die Ausgaben des Reichswehrministeriums, dem auch die Kriegsmarine unterstellt ist, mit 894 Millionen Mark veranschlagt, während das letzte Budget 671 Millionen aufzuweisen hatte. Von den Mehrausgaben entfallen dabei 122 Millionen auf fortlaufende und 101 Millionen auf einmalige Ausgaben. Das Reichsluftfahrtministerium budgetiert 208 Mill. Ausgaben gegenüber 78 Mill. im letzten Voranschlag; dabei sind für Schutzmassnahmen gegen feindliche Fliegerangriffe 50 Mill. eingestellt. Als neuer Posten erscheint im Budget ein Beitrag von 250 Mill. Mark für Arbeitsdienst und S. A. Es ist das erstemal, dass eine Unterstützung der Sturmabteilungen aus Staatsmitteln in einer offiziellen Vorlage figuriert; jedoch wird damit nur die Konsequenz der Ernennung Röhm zum Reichsminister, dem ein besonderes Verwaltungsressort zur Verfügung steht, sichtbar. Alle die genannten Budgetposten zusammen weisen einen Betrag von 1352 Millionen auf und übersteigen damit die entsprechenden Ausgaben des Vorjahres um 603 Millionen.

Die im neuen deutschen Budget vorgesehenen Ausgaben für das Reichswehrministerium haben auch in Grossbritannien, wie der «Economist» für das ganze Ausland glaubt sagen zu können, ein leises Unbehagen ausgelöst. Sie scheinen zu bestätigen, wie der Berliner Korrespondent des «Daily Express» schon vor einiger Zeit vorausgesagt hatte, dass die Reichsregierung entschlossen ist, ihre Gegner in der Rüstungsfrage vor neue Tatsachen zu stellen. Die nähere Prüfung der einzelnen Posten bestärkt, wie hier hervorgehoben wird, diesen Eindruck, denn von dem Mehrbetrag von 220 Mill. Mark entfallen 100 Mill. auf einmalige Ausgaben und von dem Zuwachs des Luft-

fahrtministeriums von 210 Mill. sind 14 Mill. für einmalige Anschaffungen vorgesehen. Man befürchtet in London, dass die Summen, die der Voranschlag für die Sturmabteilungen, freiwilligen Arbeitslager und Polizeischutz vorsieht, insgesamt 440 Mill. Mark, es den englischen Unterhändlern erschweren werden, in der deutsch-französischen Kontroverse über die militärische Bedeutung der Sturmabteilungen den bekannten deutschen Standpunkt zu verteidigen.

Der Korrespondent des «Journal des Débats» in Berlin meldet seinem Blatte nach eingehender Prüfung des ersten nationalsozialistischen Haushaltsplans Einzelheiten über die vorgesehenen Kredite für die Armee, Flotte und Aviatik Deutschlands. Er stellt fest: Bei der Landarmee figuriert beim Posten «Armeeleitung» eine Summe von 9,280,000 Rm., die um 1,7 Mill. Rm. höher ist als im Budget für 1932. Ausgesetzt sind ferner 246,370,000 Rm. für die Besoldung der Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten; 35,440,000 Reichsmark für Militärbekleidung, d. h. 10 Mill. mehr als im Budget für 1932; 24 Mill. Rm. für Verköstigung, d. h. 4 Mill. mehr als im Budget 1932; 51,978,000 Rm. für Garnisonskosten, d. h. 23 Mill. Rm. mehr als 1932; 88,500,000 Rm. für Bewaffnung und Munition (Mehrbetrag 11 Mill. Rm.); 5,144,000 Rm. für den Sanitätsdienst (Mehrbetrag mehr als eine Million Rm.); 47,290,000 Rm. für Material, Rundfunkapparate und Befestigungen (Mehrbetrag 12 Mill. Rm.). Der Gesamtbetrag der Kredite für die Landarmee, nämlich 574,545,550 Rm. und ca. 80 Mill. einmalige Ausgaben, beläuft sich allein für Reichswehr auf mehr als 654 Mill. Rm. oder 200 Mill. mehr als im Budget 1932 für die reguläre deutsche Armee. — Zu den Krediten für die Kriegsmarine teilt der Korrespondent mit: 23,740,500 Rm. sind für den Marinestab, für Garnisonskosten, Bekleidung usw. vorgesehen, 27 Mill. Rm. für den Unterhalt der Kriegsschiffe und der Arsenale, 18,577,400 Rm. für die Herstellung von Granaten, Minen und für die Instandstellung der Marinebefestigungen, 4,624,000 Rm. für Torpedos. Das Budget für die Kriegsmarine beläuft sich auf 128,197,300 Rm. plus 108,045,850 Rm. einmalige Ausgaben für die Kiellegung neuer Kriegsschiffe, insgesamt 236,243,200 Rm. — Hinsichtlich der Luftstreitkräfte, so stellt der Korrespondent fest, übersteige das neue Budget die frühern Voranschläge in einem Ausmasse, dass ein Vergleich einfach unmöglich sei. Es stelle sich auf 210,186,750 Rm. unter Einschluss von 50,103,250 Rm. für den Luftschutz und von 15 Mill. Rm. für einmalige Ausgaben. — Am Schlusse einer langen Liste von Krediten für die Post, das Feldtelegraphenwesen usw. erwähnt der Korrespondent eine Subvention an die Sturmabteilungen (die braunen S. A.) und an die Abteilungen des Freiwilligen Arbeitsdienstes in Höhe von 250 Mill. Rm. — Bei Addierung der Kredite für das Reichsheer, die Kriegsmarine, die Militäraviatik und die braune Armee ergibt sich nach dem «Journal des Débats» ein Gesamtbetrag von 1,644,510,000 Reichsmark.

Von der Durchführung des Ariernachweises in der Wehrmacht sind, wie aus einer amtlichen Mitteilung hervorgeht, im Reichsheer 39 Mann (darunter fünf Offiziere), und in der Reichsmarine 11 Mann (darunter zwei Offiziere) betroffen worden, insgesamt also 50 Mann, die aus dem Militärdienst ausscheiden müssen. Der Umstand, dass ehemalige Kriegsteilnehmer vom Ariernachweis dispensiert sind, hat stark dazu beigetragen, die Säuberung in so engen Grenzen zu halten. Auf diese Weise sind die Jahrgänge bis 1898, teilweise sogar bis 1900 unkontrolliert geblieben, was soviel bedeutet, dass die Offiziere bis hinunter zum Hauptmannsgrad durchweg im Dienste bleiben.

Frankreich.

Neue Ausgabenzahlen für die Wehrmacht. Die Regierung hat einen Gesetzentwurf betreffend die Landesverteidigung eingereicht. Danach soll ein

besonderer Kredit eröffnet werden, um das Kriegs-, Marine- und Luftfahrtsministerium in die Lage zu versetzen, ein Programm von Reorganisationsarbeiten durchzuführen. Der Kriegsminister würde ermächtigt, für die Beendigung der Organisierung der Grenzverteidigung eine Summe von 1175 Mill. Francs im Rahmen der Budgets 1934 und 1935 zu verwenden. Artikel 2 der Vorlage würde den Marineminister in die Lage versetzen, im Rahmen der Budgets 1934—1938 825 Millionen für die Erstellung von Brennstofflagern, für den Küstenschutz und für die Verstärkung der Marineluftstreitkräfte zu verwenden. Schliesslich würden dem Luftfahrtminister im Rahmen des Budgets 1934 980 Mill. Fr. zur Verfügung gestellt für die Bewaffnung und Ausrüstung der Luftstreitkräfte. Die Kampfflugzeuge sollen modern ausgerüstet werden.

Die von der Kammer angenommenen Kredite für das Kriegsministerium und für die Verteidigung der Kolonien stellen sich dem «Temps» zufolge auf insgesamt 5974 Millionen Francs. Davon entfallen rund 4 Milliarden auf den Unterhalt der Offiziere und Mannschaften, 225 Millionen auf den Unterhalt und die Ergänzung des Pferdebestandes und 1750 Mill. auf die Erneuerung des Materials. Der Pferdebestand der französischen Armee stellt sich auf 101,131 Tiere.

Am 24. März hat Marschall Pétain in der Sorbonne eine Ansprache vor der Union der Reserveoffiziere gehalten, in welcher er für eine Ertüchtigung der Jugend eintrat und Deutschland und Italien als Beispiele hinstellte. Dort seien die staatlichen Lehrer und Professoren neben den Eltern die Ermahner zur nationalen Pflicht. In der Jugend die Kenntnis und Freude an den militärischen Dingen zu wecken, um sie für die Landesverteidigung vorzubereiten, sei ein erstrebenswertes Ziel auch für Frankreich. Es sei nicht nötig, das 20. Lebensjahr abzuwarten, um sich einen gestählten Körper und eine vaterländische Seele zu erwerben.

Der militärische Mitarbeiter des «Echo de Paris», der als Vertrauensmann des französischen Generalstabs gilt, fordert im «Echo de Paris» die Schaffung einer aus Berufssoldaten bestehenden Kerntruppe, die überall dort im Ausland eingesetzt werden kann, wo Frankreichs Politik sich mit Gewalt durchsetzen müsse. Frankreich brauche dringend eine solche Truppe, die ausserhalb der französischen Grenzen das Instrument der Beistandspolitik sei, die für «Präventiv-» und «Repressiv-Manöver» eingesetzt werden und ausserdem als alte Truppe das Rückgrat des Heeres bilden könne. Diese Truppe müsse natürlich mit dem besten Kriegsmaterial ausgerüstet sein. Der Kriegsminister Petain habe sich mit dem Gedanken schon angefreundet. Der Verfasser weist ausdrücklich mehrmals auf Oesterreich hin.

Der «Matin» veröffentlichte am 17. April folgendes Telegramm: Der Kriegsminister hat die Ueberführung von drei gegenwärtig in Marokko stehenden nordafrikanischen Schützenregimentern nach Frankreich verfügt.

Die französischen Seestreitkräfte im Atlantischen Ozean werden in diesem Jahr ausserordentlich gross angelegte Manöver abhalten, zu denen auch vier Kreuzer des Mittelmeergeschwaders zugezogen werden. Diese vier 10,000-Tonnen-Kreuzer werden am 19. April von Toulon nach Bizerta in See gehen und dort Uebungen im Zusammenwirken mit den tunesischen Landstreitkräften durchführen. Darauf sollen sich die vier Kreuzer im Aermelkanal den atlantischen Streitkräften anschliessen, die aus den Einheiten des zweiten Geschwaders, ergänzt durch zahlreiche Torpedojäger, Unterseeboote, Küstenverteidigungs-Fahrzeugen und Wasserflugzeuggeschwadern, bestehen werden. Die Manöver werden sich vom 12. bis 18. Mai im westlichen Aermelkanal abspielen; vom 22. bis 26. Mai wird der Operationsplatz weiter nach Süden an die Küste des Departements Morbihan verlegt, und daran

schliesst sich ein Landungsmanöver an der Mündung der Vilaine unter Mitwirkung des 11. Armeekorps, der Küstenverteidigung und der Befestigungswerke. Die Leitung dieser Manöver übernimmt der Generalinspektor der nördlichen Seestreitkräfte, Vizeadmiral Herr.

Die Pläne des französischen Luftministers General Denain zur Reform der Luftflotte sehen, wie die «United Press» erfährt, den Bau von erstklassigen Jagdflugzeugen vor, zum Ersatz für die inzwischen unmodern gewordenen Nieuport-Typen. Die neuen Jagdflugzeuge sollen eine Geschwindigkeit von dreihundert Kilometern in der Stunde erreichen. Ferner ist der Bau von zweimotorigen Bombenflugzeugen geplant. Im Zusammenhang mit diesen Neubauten will der Luftminister auch eine ganze Reihe anderer Typen prüfen lassen, um ihre Eignung für militärische Zwecke festzustellen. Bei sämtlichen geplanten Neubauten handelt es sich ausschliesslich um Ganzmetallflugzeuge.

Italien.

General Valle, Unterstaatssekretär im Luftfahrtsministerium, ist von Mussolini zum Generalstabschef für Aviatik ernannt worden.

«Paris-Soir» veröffentlichte am 30. März ein Interview seines römischen Vertreters mit Mussolini. Zu den kürzlich abgeschlossenen römischen Protokollen stellte Mussolini fest, dass diese sich gegen keinen andern Staat oder eine Gruppe von Staaten richteten. Sie stellen den Beginn der Zusammenarbeit in Mitteleuropa dar. Jede Macht, die es wünscht, könne den Protokollen beitreten. Keiner der Unterzeichnerstaaten der Protokolle verfolge den Hintergedanken, diese für seine besondern politischen Zwecke auszuheben. Mussolini kam dann auf die französisch-italienischen Beziehungen zu sprechen und betonte, dass diese sich in der letzten Zeit gebessert hätten; aber Worte allein könnten eine Lösung der zwischen Italien und Frankreich schwebenden Probleme nicht herbeiführen; dazu sei guter Wille notwendig. Zur Abrüstungsfrage übergehend, betonte Mussolini, dass der Name der Abrüstungskonferenz sehr unglücklich gewählt sei. Seiner Ueberzeugung nach könne es nie eine Abrüstung geben. Die Genfer Abrüstungskonferenz würde viel besser heissen: Konferenz zur Beschränkung der Rüstungen. Die Revision ungerechter Bestimmungen der Verträge sei notwendig. Niemand habe übrigens, als die Friedensverträge unterzeichnet wurden, geglaubt, dass diese ewig dauern werden. Zum Beweise erwähnte Mussolini das Schreiben Clemenceaus an die deutschen Unterhändler, in welchem Vertragsänderungen in Aussicht gestellt wurden. Was die Staaten der Kleinen Entente betrifft, so haben Dr. Benesch und der tschechoslowakische Staatspräsident Masaryk selber den Standpunkt vertreten, dass unter gewissen Bedingungen die Frage der Revision wohl erwogen werden könnte. Zur internationalen Politik äusserte sich Mussolini optimistischer, als der französische Journalist zu hoffen wagte. Mussolini ist überzeugt, dass der Krieg nicht unmittelbar bevorsteht. Auf jeden Fall werde es nicht die fascistische Regierung sein, die einen Krieg provozieren werde, da sie mit dem innern Aufbau des italienischen Staates zu tun habe.

Am 20. März haben alle Unteroffiziere und Soldaten der italienischen Armee eine neue Uniform erhalten. Die wichtigsten Neuerungen bei der gewöhnlichen und bei der Paradeuniform werden bestehen in einem offenen Rock mit umgelegtem Kragen, grauem Flanellhemd mit schwarzer Wollkrawatte für alle Waffengattungen und Korps, ausgenommen vier Infanterieregimenter und ein Kavallerieregiment, die eine scharlachrote Krawatte, und zwei weitere Infanterieregimenter, die eine azurblaue Krawatte tragen werden. Die steife Kappe soll durch eine runde, flache

Kappe ersetzt werden. Die Bersaglieri und Alpenjäger sowie andere Sondergruppen werden die alte Kopfbedeckung beibehalten.

Estland.

Das Parlament hat eine Aenderung des Militärgesetzes gutgeheissen, die u. a. Offizieren und militärischen Beamten das Recht entzieht, politischen Parteien oder Vereinigungen anzugehören.

Rumänien.

Die Blätter melden aus Bukarest, dass am 24. März der tschechoslowakische Generalstabschef General Krejci und der jugoslawische Generalstabschef General Milowanowitsch in Bukarest eingetroffen und am 25. März von König Carol in Audienz empfangen worden seien. Von rumänischer amtlicher Seite wird dazu erklärt, dass es sich um eine termingemässe Zusammenkunft der Generalstabschefs der Länder der Kleinen Entente handle.

Russland.

Nach einem soeben veröffentlichten Beschluss des Rates der Volkskommissäre wird Russland bei Ablauf des zweiten Fünfjahrplanes im Jahre 1938 eine Million ausgebildete Flugpiloten haben. Die Hälfte dieser Zahl wird als Führer von Bombenflugzeugen und als Beobachter ausgebildet werden, während die übrigen 500,000 im Segelflug ausgebildet werden sollen. Die letzteren sollen die Reserve bilden. Die Ausbildung erfolgt in vierzig neu zu errichtenden Flugschulen in allen Teilen Russlands.

England.

Premierminister Macdonald beantwortete am 6. März in der Unterhaus-sitzung die Anfrage eines Abgeordneten, ob der Ausschuss für die Reichsverteidigung die Verwundbarkeit der Flottenbasen von Chatan, Portsmouth und Sheerness im Falle eines Luftangriffes in Berücksichtigung gezogen habe, bejahend. Er lehnte es jedoch als den Interessen des Landes widersprechend ab, zu sagen, zu was für Schlussfolgerungen der Ausschuss gekommen sei. In den parlamentarischen Kreisen wird in der zurückhaltenden Antwort des Premiers ein Zeichen dafür gesehen, dass eine mächtige Luftabwehrtillerie geplant ist.

Die Rede, die der frühere britische Schatzkanzler Winston Churchill, in dem viele Engländer den kommenden Mann erblicken, am 7. März im Unterhaus anlässlich einer Debatte über die Abrüstungsfragen hielt, verdient auch ausserhalb des Parlaments von Westminster beachtet zu werden. Churchill führte u. a. folgendes aus: Die Aufgabe, die der Geheimsiegelbewahrer Eden auf seiner diplomatischen Rundreise durch Europa lösen sollte, war zum voraus zum Scheitern verurteilt, weil er versuchen sollte, die Franzosen zu einer Herabsetzung ihrer Armee zu überreden, für die sie am allerwenigsten in diesem Augenblick zu haben sein dürften. Eden sollte u. a. Frankreich eine Herabsetzung seiner Luftflotte auf 500 Flugzeuge nahelegen, die gegenwärtig etwa drei- oder viermal grösser sei und gewaltige Opfer gekostet habe. Es sei eine reine Illusion, wenn man sich die Hoffnung auf ihre Zustimmung zu derartigen Plänen mache. In Frankreich sei man längst über die Schwäche der englischen Rüstungen in der Luft schwer beunruhigt. — Seit vier Jahren habe man das englische Volk in den falschen Glauben zu wiegen versucht, dass die Abrüstung gleichbedeutend sei mit dem Frieden. Tatsächlich habe aber die Abrüstungskonferenz die Welt immer näher nicht an einen Krieg — er wolle dieses verabscheute Wort nicht gebrauchen —, wohl aber an einen über jede Vorstellung hinausgehenden Zustand gegenseitigen Misstrauens und Uebelwollens geführt. Schon vor vier Jahren

habe er, Churchill, darauf hingewiesen, dass es eine sehr gefährliche Diplomatie sei, wenn man immer wieder den Staaten, die von solchen Veranstaltungen offensichtlich nichts wissen wollen, Abrüstungskonferenzen aufdränge. Das habe vor allem zu einem Wettbewerb zwischen den Mächten geführt, von denen jede einzelne ihre Nachbarn abrüsten möchte; eine weitere Gefahr bestehe darin, dass jede Regierung versucht sei, die Verantwortung für die unaufhörlichen Fehlschläge der endlosen Konferenzen auf andere Regierungen abzuwälzen. Was man tatsächlich erreicht habe, sei nicht die Abrüstung, sondern die Wiederaufrüstung Deutschlands — ein fürchterlicher Wechselbalg nach so schweren Wehen. Noch vor kurzem habe man die Minister mündlich und schriftlich erklären hören, dass eine Wiederaufrüstung undenkbar sei. Jetzt hoffe man höchstens noch, diese Undenkbarkeit einigermaßen zu regulieren. Während man heute an eine regulierte Undenkbarkeit denke, werde man sich bald mit unregulierten Undenkbarkeiten vertraut machen müssen. — Churchill warf die Frage auf, ob ein Erfolg der Mission Edens wünschenswert gewesen wäre. Wenn Frankreich dem Drängen der britischen und der amerikanischen Regierung nachgegeben hätte, so stünde es heute viel schwächer da. Die «fürchterbare Gefahr» der britischen Politik sei die, dass man den Franzosen immer und immer wieder zumute, sich auf diese Weise selber zu schwächen. Man habe ihnen dabei immer wieder vorgespiegelt, dass man ihnen zu Hilfe kommen würde, wenn sie infolge einer derartigen Politik in ernste Schwierigkeiten kommen sollten, man sei aber gar nicht imstande, ihnen eine solche Hilfe zu leisten. Eine gefährlichere Politik als diese könne man sich gar nicht vorstellen. Das Gerede von Abrüstung sei selbstverständlich nicht der einzige Grund für die heutige kritische Lage in Europa. Aber man sei jetzt auf einem Punkt angelangt, wo man endlich aufhören müsse, den Staaten, die sich schwer bedroht fühlen, eine unerwünschte Abrüstung zu predigen, wo man besser daran täte, an seine eigene Sicherheit zu denken. Das sei im Interesse des Friedens die bessere Politik, und eventuell, wenn der Friede gefährdet würde, auch die bessere für die Sicherheit Englands. — Zum Schluss erklärte Churchill, wie schon kurz berichtet wurde, dass nach seiner Meinung eine internationale Polizeigewalt höchstens durch die Vereinigung der Streitkräfte der Staaten, die zur Wahrung des Friedens entschlossen seien, zustande kommen könne, und zwar nur in einem besondern Notfall. Der Völkerbund sei die Instanz, durch die solche Pläne gefördert werden könnten. «Wenn Frankreich und Belgien durch die Massnahmen ihres deutschen Nachbarn beunruhigt sind, so müssen sie ihre Sache dem Völkerbund übergeben.» Nur auf diese Weise werde die Sicherheit der Welt gewährleistet und der Fluch eines Krieges abgewendet werden.

Die Ansätze des Armeebudgets belaufen sich auf einen Gesamtbetrag von 39,600,000 Pfund Sterling; das bedeutet gegenüber dem Jahre 1933 eine Zunahme von 1,650,000 Pfund Sterling. Die Erhöhung des Budgets wird der Modernisierung der Küstenverteidigung sowie der anderen Verteidigungsmittel und der Fortsetzung des Mechanisierungsprogramms dienen. Der Budgetvoranschlag des Marineministeriums für 1934 beläuft sich auf 56,550,000 Pfund Sterling, das ist um 2,980,000 Pfund Sterling mehr als im Jahre 1933.

Der Voranschlag der Admiralität für das nächste Finanzjahr, der grösste seit 1928, sieht einen Mehrbetrag von fast 3 Millionen Pfund vor, womit die Ausgaben auf 56,550,000 Pfund steigen. Davon entfallen 1½ Mill. auf Neubauten. Das Bauprogramm umfasst: vier Kreuzer, darunter drei vom 9000-Tonnen und einer vom 5200-Tonnen-Typ, acht Zerstörer, ein Flugzeugmutter-schiff und drei Unterseeboote sowie verschiedene kleinere Hilfskräfte. Der Mannschaftsbestand soll um 2000 auf 92,338 erhöht werden. Die Neuanschaffungen erfolgen im Rahmen des Londoner Abrüstungsvertrages.

Japan.

Amerikanisch-japanisches Flottenverhältnis. Von amtlicher japanischer Seite werden Vergleichsziffern zwischen der japanischen und amerikanischen Flottenstärke, nach Beendigung der jetzt in Angriff genommenen bzw. in Angriff zu nehmenden Ersatzbauten veröffentlicht. Danach werden die Flottenstärken im Jahre 1936 sich etwa wie folgt stellen:

Grosskampfschiffe: Vereinigte Staaten 15 Schiffe mit zusammen 455,400 Tonnen, Japan 9 Schiffe mit zusammen 272,070 Tonnen; Vergleichsziffer 10:6.

Flugzeug-Mutterschiffe: Amerika 6 mit zusammen 131,300 Tonnen, Japan 5 mit zusammen 80,770 Tonnen; Vergleichsziffer 10:6,2.

Kreuzer der A-Klasse: Vereinigte Staaten 16 mit zusammen 152,600 Tonnen, Japan 12 mit zusammen 107,800 Tonnen; Vergleichsziffer 10:7,1.

Kreuzer der B-Klasse: Vereinigte Staaten 14 mit zusammen 110,500 Tonnen, Japan 17 mit zusammen 100,550 Tonnen; Vergleichsziffer 10:9,9.

Zerstörer: Amerika 116 Schiffe mit zusammen 149,400 Tonnen, Japan 79 Schiffe mit zusammen 105,396 Tonnen; Vergleichsziffer 10:6,1.

Das japanische Flottenprogramm. Nach den letzten Nachrichten ist es nach langwierigen Verhandlungen zu einer Verständigung zwischen dem japanischen Finanzminister und den Marinekreisen gekommen. Das Marineministerium setzte seine Forderungen herab, es begnügt sich für das kommende Finanzjahr mit 430 Millionen Yen, wobei die Kosten des neuen Flottenprogramms von 670 Millionen, die ursprünglich verlangt wurden, auf 431 Millionen herabgesetzt worden sind. Es sollen in den Jahren 1934/38 zwei Kreuzer der Klasse «B», zwei Flugzeugmutterschiffe zu je 10,000 Tonnen, 14 Zerstörer und vier Unterseeboote gebaut werden, ferner acht neue Flugzeuggeschwader für zusammen 59 Millionen Yen, so dass Japan Ende 1937 39 Flugzeuggeschwader besitzen wird. Die Ausgaben für das Flottenprogramm sind so verteilt, dass 1934/35 66,854,000 Yen, 1935/36 100,954,000, 1936/37 106,460,000, 1937/38 157,420,000 Yen verwendet werden. Neben den neuen Schiffen sollen die Schlachtschiffe «Mutsu», «Nagato», «Haruna», die Flugzeugmutterschiffe «Akagi» und «Kaga», sowie einige Kreuzer der «B»-Klasse gründlich umgebaut werden. Folgende Tabelle zeigt, wie in den letzten Jahren die Ausgaben für Landheer und Flotte, sowie ihr Anteil am Gesamtetat gestiegen sind.

	Ausgaben für Landheer und Flotte in Yen	In Prozenten des Gesamtetats
1928	486,600,000	28,3
1929	503,100,000	28,4
1930	472,400,000	29,3
1931	405,700,000	27,1
1932	696,000,000	34,6
1933	850,400,000	36,8
1934	936,906,000	44,3

Der Marineminister hat in der Abgeordnetenversammlung erklärt, Japan werde eine Aenderung der durch die Flottenverträge von London und Washington festgelegten Proportion fordern, sobald von einer Revision dieser Verträge die Rede sei.

Im Unterhaus teilte Marineminister Osumi mit, dass am Ende des Jahres 1936 die Gesamttonnage der japanischen Kriegsflotte etwa achtundsechzig Prozent der Flottentonnage der Vereinigten Staaten betragen werde. Wenn man bei der amerikanischen Flotte diejenigen Schiffe abrechne, die die Altersgrenze erreicht hätten, so würden die Japaner sogar nur um neunzehn Prozent hinter den Vereinigten Staaten zurückstehen. Osumi fügte hinzu, dass die Amerikaner ihre Schiffe auch über die Altersgrenze hinaus für Schulungszwecke im Dienste behielten und sie somit auch wieder zu Kampfzwecken

benützen könnten. Im Oberhaus erklärte der frühere Minister Yoshida, Japan habe nie die Forderung auf Flottengleichheit mit den Vereinigten Staaten und Grossbritannien gestellt; es sei aber nur natürlich, wenn Japan eine Erhöhung der ihm zugestandenen Quote verlange.

Die Rüstungsfirmen in Brünn (Tschechoslowakei), darunter auch die staatlichen Munitionswerke, haben einen Lieferungsantrag auf Kriegsmaterial in Höhe von 100 Millionen tschechoslowakischer Kronen erhalten. Der Auftrag stammt von einer asiatischen Regierung, wahrscheinlich Japan, und zwei ungenannten südamerikanischen Ländern. Die Zahl der Arbeiter in den Brünnener Rüstungsfirmen ist als Folge dieses Auftrages um 1000 erhöht worden.

Vereinigte Staaten.

Das amerikanische Flottenprogramm. Unter dem Eindruck weiterer Zuspitzungen im Fernen Osten und wohl auch im Zusammenhang mit der britischen geheimen Marinekonferenz in Singapur, die zu einem Ausbau der dortigen Flottenbasis und der Falkland-Inseln führen soll, hat das grosse Flottenbauprojekt der Vereinigten Staaten neuen Auftrieb erhalten. Der Führer der Demokraten und Vorsitzende des Repräsentantenhauses Henry Rainey äusserte sich der «United Press» gegenüber wie folgt: «Die Dinge sehen im Fernen Osten sehr ernst aus. Im Frühjahr kann bereits ein Krieg zwischen Japan und Russland ausbrechen. Aus diesem Grunde müssen wir schleunigst unsere Flotte stark genug machen, um unsere Neutralität aufrecht erhalten zu können. Ich setze mich für den Gesetzentwurf Vinson ein, der 101 neue Schiffseinheiten vorsieht, weil ich darin die grösste Garantie sehe, dass die Vereinigten Staaten sich aus einem fernöstlichen Konflikt fernhalten können.» — Man glaubt zu wissen, dass Präsident Roosevelt sich nunmehr persönlich für die Annahme der Gesetzesvorlage Vinson im Kongress einsetzt und zwar durch eine Entscheidung der Führer der Demokratischen Partei, wonach diese Gesetzesvorlage im beschleunigten Verfahren durchgepeitscht werden soll. Es ist bemerkenswert, dass im Marineausschuss die Gesetzesvorlage bereits einstimmig angenommen worden ist und auch Budgetdirektor Douglas die Ausgabe ohne jeglichen Vorbehalt gebilligt hat. — Das Gesetz sieht den Bau von 101 Schiffseinheiten vor, deren Bau nach Gutdünken des Präsidenten und des Staatssekretärs für die Marine jederzeit und wenn nötig auf einmal in Angriff genommen werden kann. Es wird geplant, ein Flugzeugmutterschiff von 15,000 Tonnen zu einem Preise von 23 Mill. Dollar, Zerstörer von insgesamt 99,200 Tonnen und Unterseeboote von insgesamt 35,530 Tonnen zu bauen. Jedoch will man im Jahre 1934 vorläufig nur 14 Zerstörer und sechs Unterseeboote bauen und den Bau des Flugzeugmutterschiffes bis nach Fertigstellung des im Augenblick im Bau befindlichen Flugzeugmutterschiffes «Ranger» aufschieben. Man will nämlich zuerst gewisse Versuche machen, welche erlauben sollen, den Bau des zweiten Flugzeugmutterschiffes technisch zu vervollkommen. — In den nächsten fünf Jahren sollen jährlich zwanzig neue Schiffe gebaut werden. Ferner sieht die Gesetzesvorlage ausser den 101 Einheiten den Bau von Ersatzbauten vor. Im ganzen sollen 380,000,000 Dollars ausgegeben werden. Dabei ist zu bemerken, dass vorigen Sommer unter dem Arbeitsbeschaffungsprogramm bereits der Bau von 32 Schiffseinheiten vom Kongress genehmigt wurde.

Zu dem japanischen Flottenbauprogramm bemerkte Unterstaatssekretär Philipps, dass sowohl das japanische wie das amerikanische Programm nur Ersatzprogramme seien und man keinesfalls beabsichtige, ein Flottenwettrüsten zu veranstalten.

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Toute reproduction d'article n'est autorisée qu'à la condition de mentionner le titre du journal.